V-04 ME/CFS, Long Covid und andere postvirale Erkrankungen (PAIS): Politische Heimat und dauerhafte Interessenvertretung

Antragsteller*in:	Vanessa Hüber (KV Karlsruhe)
Tagesordnungspunkt:	V TOP 10 - Verschiedenes (1/2)

Antragstext

Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, wie weitreichend die gesundheitlichen und gesellschaftlichen Folgen von Virusinfektionen (PAIS, Post-akutes Infektionssyndrom) sein können. Viele Menschen leben bis heute mit langfristigen gesundheitlichen Einschränkungen, auch nach vermeintlich harmlosen Infektionen. Postvirale Folgeerkrankungen wie Long Covid und ME/CFS* (Myalgische Enzephalomyelitis), aber auch andere die schon lange vor Pandemiebeginn bestanden, werden politisch und gesellschaftlich bislang nicht ausreichend wahrgenommen, anerkannt und aufgearbeitet.

*ME/CFS ist eine schwere neuroimmunologische Erkrankung, die überwiegend, aber nicht ausschließlich, durch Virusinfektionen ausgelöst werden kann. Wenn wir von ME/CFS-Betroffenen sprechen, meinen wir alle Menschen, die mit dieser Erkrankung leben.

Wir stellen uns an die Seite der Erkrankten und kämpfen gemeinsam mit ihnen und für sie für Forschung, Versorgung und Teilhabe sowie gegen Stigmatisierung, Verharmlosung und Ausgrenzung.

Menschen mit ME/CFS, Long Covid und anderen postviralen Erkrankungen sind häufig in ihrer Lebensqualität, sozialen Teilhabe und wirtschaftlichen Selbstständigkeit erheblich eingeschränkt. Bündnis 90/Die Grünen wollen diesen Menschen eine soziale und politische Heimat sein, sie unterstützen und ihnen zu Sichtbarkeit verhelfen. Wir verankern mit ihnen eine PAIS&ME/CFS-Interessenvertretung für die gesundheitspolitische Bearbeitung dauerhaft in unserer Partei. Ihre Erfahrungen und ihre Expertise wollen wir dabei in politische Entscheidungen einbeziehen.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein:

1. Gesundheitsversorgung und Forschung stärken

- den Ausbau bedarfsgerechter medizinischer Versorgungsangebote und die Schließung bestehender Versorgungslücken zu fordern; dabei sicherzustellen, dass psychosoziale Unterstützungsangebote die Anerkennung der körperlichen Erkrankung und die notwendige biomedizinische Versorgung nicht ersetzen;

- die biomedizinische Forschung zu Ursachen, Krankheitsmechanismen, Diagnostik und Behandlung sowie klinische Studien zu stärken und sicherzustellen, dass dringend notwendige Forschungsgelder nicht in verjährte psychosoziale Forschung investiert werden. Ziel ist es, Betroffenen ein Leben mit mehr gesundheitlicher, gesellschaftlicher und

beruflicher Teilhabe zu ermöglichen und krankheitsbedingte Erwerbsausfälle sowie die damit verbundenen Belastungen für den Sozialstaat zu verringern;

- Betroffene und ihre Selbstvertretungen an der Entwicklung von Forschungs- und Versorgungskonzepten zu beteiligen;

- durch öffentlichkeitswirksame Kampagnen Stigmatisierung und Verharmlosung im Gesundheitswesen, in der Sozialversorgung und in der Gesellschaft entgegenzuwirken und für eine sachgerechte Aufklärung über ME/CFS, Long Covid und PAIS sowie deren Krankheitsbilder und Auswirkungen zu sorgen. Dazu gehören insbesondere die gezielte Aufklärung und Fortbildung von medizinischem Personal sowie Gutachtenden, um Fehldiagnosen und lange Diagnosewege zu vermeiden und Betroffenen schneller Zugang zu angemessener Diagnostik und Versorgung zu ermöglichen. So wollen wir Betroffene und das Gesundheitssystem entlasten;

- die sozialrechtlichen Begutachtungs- und Bewertungssysteme so weiterzuentwickeln, dass ME/CFS, Long Covid und andere postvirale Erkrankungen (PAIS) sowie ihre spezifischen und häufig schwankenden Funktionseinschränkungen angemessen berücksichtigt werden. Dazu gehören die Überarbeitung der Bewertungsgrundlagen für den Grad der Behinderung (GdB), die Pflegebegutachtung und die Erwerbsminderungsrente sowie die Berücksichtigung von Post-Exertional Malaise (PEM) und weitere krankheitstypischen Symptome;

- sich gegenüber der Deutschen Rentenversicherung (DRV) dafür einzusetzen, dass Menschen mit ME/CFS und vorliegender Post-Exertional Malaise (PEM) keine Rehabilitationsmaßnahmen zugewiesen werden, die eine gesundheitliche Verschlechterung riskieren;

2. Frauengesundheit thematisieren und stärken

- ME/CFS, Long Covid und PAIS und ihre Folgen dauerhaft in der frauen- und gesundheitspolitischen Arbeit zu berücksichtigen;

- frauendominierte Arbeitsstätten, insbesondere in Medizin, Bildung und Pflege, als Bereiche mit hoher Infektionsgefährdung besonders in den Blick zu nehmen und uns für bessere betriebliche Schutzmaßnahmen einzusetzen, insbesondere zur Verringerung der aerogenen Virusübertragung, um das Risiko postviraler Langzeitfolgenzu senken.

3. Die politische und parlamentarische Bearbeitung verstetigen

- die langfristigen gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen von SARS-CoV-2 und anderer Virusinfektionen kontinuierlich politisch einzubringen und evidenzbasiert aufzuarbeiten;

- die Anliegen und Erfahrungen Betroffener durch parlamentarische Initiativen, Anfragen und Anhörungen verstärkt einzubringen

4. Die Interessenvertretung dauerhaft in der Partei verankern

- die kontinuierliche Bearbeitung der Anliegen von Menschen mit Long Covid, ME/CFS und PAIS in den zuständigen Bundesarbeitsgemeinschaften, insbesondere Gesundheit, Soziales, Frauen und Teilhabe und Bildung, durch feste Zuständigkeiten und regelmäßige Beratung zu verankern;

- die Interessenvertretung als dauerhafte politische Aufgabe zu etablieren.

Einfache Sprache

Die Corona-Pandemie hat gezeigt: Virus-Infektionen können schwere und lang anhaltende Folgen für die Gesundheit und das Leben der Menschen haben. Viele Menschen sind bis heute krank. Das gilt auch nach Infektionen, die zunächst harmlos erschienen.

Long Covid, ME/CFS (Myalgische Enzephalomyelitis) und andere Erkrankungen nach Infektionen werden in der Politik und in der Gesellschaft noch immer nicht ausreichend wahrgenommen und anerkannt. Auch die Folgen dieser Erkrankungen werden bisher nicht ausreichend aufgearbeitet.

ME/CFS ist eine schwere Erkrankung. Sie betrifft unter anderem das Nerven- und das Immunsystem. Sie kann durch Virus-Infektionen ausgelöst werden, aber auch andere Ursachen haben. Wenn wir von Menschen mit ME/CFS sprechen, meinen wir alle Menschen, die mit dieser Erkrankung leben, egal wie ausgelöst.

Wir stehen an der Seite der Erkrankten. Gemeinsam mit ihnen und für sie setzen wir uns für mehr Forschung, eine bessere medizinische Versorgung und gesellschaftliche Teilhabe ein. Wir kämpfen gegen Vorurteile, Verharmlosung und Ausgrenzung.

Menschen mit ME/CFS, Long Covid und anderen postviralen Erkrankungen sind oft stark in ihrem Alltag eingeschränkt. Viele können nur noch wenig am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Manche können nicht mehr oder nur eingeschränkt arbeiten und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen.

Bündnis 90/Die Grünen wollen diesen Menschen eine politische Heimat geben. Wir wollen sie unterstützen und dafür sorgen, dass ihre Anliegen sichtbar werden.

Wir wollen eine dauerhafte Interessenvertretung für Menschen mit PAIS und ME/CFS in unserer Partei verankern. PAIS ist die Abkürzung für Erkrankungen, die nach einer Infektion auftreten und lange anhalten können. Die Erfahrungen und das Wissen der Betroffenen sollen in politische Entscheidungen einfließen.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein:

1. Medizinische Versorgung und Forschung stärken

- Mehr passende medizinische Angebote schaffen: Es soll mehr medizinische Angebote für Menschen mit ME/CFS, Long Covid und anderen postviralen Erkrankungen geben. Lücken in der Versorgung sollen geschlossen werden. Psychologische und psychosoziale Unterstützung darf die Anerkennung der körperlichen Erkrankung und die notwendige medizinische Versorgung nicht ersetzen.

- Forschung stärken: Es soll mehr Forschung zu den Ursachen, Krankheitsabläufen, zur Diagnose und zur Behandlung dieser Erkrankungen geben. Auch klinische Studien sollen gestärkt werden. Dringend benötigtes Forschungsgeld soll nicht in überholte psychosoziale Forschungsansätze fließen. Ziel ist, dass Betroffene wieder mehr am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und möglichst wieder arbeiten können. Dadurch sollen auch die finanziellen Belastungen für den Sozialstaat sinken.

- Betroffene beteiligen: Menschen mit diesen Erkrankungen und ihre Selbstvertretungen sollen bei der Planung von Forschung und medizinischer Versorgung mitreden können.

- Über die Erkrankungen aufklären und Vorurteile abbauen: Mit öffentlichen Kampagnen soll gegen Vorurteile und die Verharmlosung der Erkrankungen vorgegangen werden. Das gilt im Gesundheitswesen, bei der Sozialversorgung und in der Gesellschaft. Die Menschen sollen besser über ME/CFS, Long Covid und andere postvirale Erkrankungen und deren Folgen informiert werden. Dazu sollen auch Ärztinnen und Ärzte sowie Gutachtende gezielt geschult werden. So sollen falsche Diagnosen und lange Wege bis zur Diagnose vermieden werden. Betroffene sollen schneller die richtige Untersuchung und Versorgung erhalten. Das soll auch Arztpraxen und Kliniken entlasten.

- Die Erkrankungen bei der sozialen Absicherung besser berücksichtigen: Die Regeln für Begutachtungen und Bewertungen sollen so angepasst werden, dass ME/CFS, Long Covid und andere postvirale Erkrankungen besser berücksichtigt werden. Das betrifft den Grad der Behinderung (GdB), die Pflegebegutachtung und die Erwerbsminderungsrente. Auch schwankende Beschwerden und besondere Belastungsgrenzen sollen berücksichtigt werden. Dazu gehört insbesondere die Post-Exertional Malaise (PEM). Das bedeutet, dass sich der Gesundheitszustand nach körperlicher oder geistiger Anstrengung oft deutlich verschlechtert, manchmal erst Stunden oder Tage später.

- Vor gesundheitsschädlichen Reha-Maßnahmen schützen: Die Deutsche Rentenversicherung (DRV) soll Menschen mit ME/CFS und PEM keine Reha-Maßnahmen zuweisen, die ihren Gesundheitszustand verschlechtern können.

2. Frauengesundheit berücksichtigen und stärken

- ME/CFS, Long Covid und andere postvirale Erkrankungen und ihre Folgen sollen dauerhaft in der Frauen- und Gesundheitspolitik berücksichtigt werden.

- Arbeitsplätze, an denen besonders viele Frauen arbeiten, sollen stärker vor Infektionen geschützt werden. Dazu gehören vor allem Medizin, Bildung und Pflege. Dort sollen bessere Schutzmaßnahmen eingeführt werden. Insbesondere soll verhindert werden, dass sich Viren über die Luft verbreiten. So soll das Risiko für lang anhaltende Erkrankungen nach Infektionen sinken.

3. Die politische und parlamentarische Arbeit dauerhaft fortführen

- Die langfristigen gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen von Corona und anderen Virus-Infektionen sollen kontinuierlich in der Politik behandelt werden. Dabei sollen wissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigt werden.

- Die Anliegen und Erfahrungen der Betroffenen sollen stärker in die parlamentarische Arbeit einfließen. Dazu sollen zum Beispiel politische Initiativen, Anfragen und Anhörungen genutzt werden.

4. Die Interessenvertretung dauerhaft in der Partei verankern

- Die Anliegen von Menschen mit Long Covid, ME/CFS und anderen postviralen Erkrankungen sollen dauerhaft in den zuständigen Bundesarbeitsgemeinschaften der Grünen bearbeitet werden. Dazu gehören insbesondere die Bereiche Gesundheit, Soziales, Frauen und Teilhabe sowie Bildung. Es soll feste Zuständigkeiten geben und regelmäßig über die Anliegen der Betroffenen beraten werden.

- Die Interessenvertretung von Menschen mit Long Covid, ME/CFS und anderen postviralen Erkrankungen soll eine dauerhafte Aufgabe der Partei werden.

Begründung

ME/PAIS belasten Betroffene, Angehörige & Wirtschaft. Versorgungslücken und Stigmatisierung sind ableistisch. Auch sind ME/PAIS ein besonderes Risiko für Frauen: erhöhte Infektionsrisiken in frauendom. Jobs & ein höheres Risiko für Langzeitfolgen, inkl. Verlust von Selbstständigkeit & Sichtbarkeit.

weitere Antragsteller*innen

Charlotte Basaric-Steinhübl (KV Mannheim); Jochen Stiepel (KV Hannover); Yvonne Jeschke (KV Herford); Sarah Zwittian (KV Hannover); Annette Lindemann (KV Bottrop); Philipp Rösch (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Kristina Schormann (KV Bautzen); Jörn Serbser (KV Hamburg-Eimsbüttel); Marie Elisabeth Zeidler (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Uta Saenger (KV Hannover); Jonas Krone (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Hermann E. Ott (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Sebastian Roth (WKV Hannover); Silke Lambeck (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Michael Oberst (KV Berlin-Pankow); Alina Biesenbaum-Hegemann (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); sowie 105 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.